

Drei Tage Erörterungstermin zum Braunkohletagebau Nochten II in der Lausitz

Am 13. 12. endete nach drei Tagen der Erörterungstermin zur Erweiterung des Tagebaus Nochten/Wochozy. Er fand statt im Sorbischen Kulturzentrum der Gemeinde Schleife (obersorbisch Slepó) im nord-sächsischen Teil der Lausitz, wenige km entfernt vom fraglichen Gebiet.

Der Energiekonzern Vattenfall will dort vier Dörfer und einen Ortsteil vernichten und die Landschaft drum herum. Insgesamt etwa 1.500 Menschen sollen aus ihren Dörfern, Mühlrose/Miloraz, Mulchwitz/Mulkecy, Rohne/Rowno, Klein-Trebendorf/Trjebinka, sowie aus Schleife-Süd/Slepó-Poludnjo „umgesiedelt“ werden, im Klartext vertrieben.

Und wofür das Ganze? Rund 300 Millionen Tonnen Braunkohle will Vattenfall aus dem Gebiet durch den Schornstein jagen. Das entspricht allein an CO₂ einer Menge von ebenfalls 300 Mio. Tonnen. Zum Vergleich: der jährliche CO₂-Ausstoß von ganz Hamburg beträgt ca. 17 Mio. Tonnen.

In den Medien wurde über diese immensen Zerstörungsabsichten und über den Erörterungstermin wenig berichtet.

„gegenstrom 13“ hat sich in der Region um Nochten/Wochozy bei Beteiligten am Erörterungstermin umgehört.

Hier das Ergebnis, zunächst zusammengefasst:

Mit einem markigen „Die sächsische Staatsregierung steht zur Braunkohle“ versuchte der zuständige Referatsleiter des Wirtschaftsministeriums des Freistaats bei einem Kurzauftritt die Verhältnisse klarzustellen gegenüber denen, die nach Schleife/Slepó gekommen waren als AbsenderInnen von insgesamt gut 1.200 Einwendungen. Auch KohlekritikerInnen aus Hamburg, wo Vattenfall u.a. als „Grundversorger“ Sorgen macht, hatten Einwendungen geschickt, dank der Information der Grünen Liga/Umweltgruppe Cottbus. Auf Grundlage der von ihr erarbeiteten Argumente hatten insgesamt knapp 1.000 Privatpersonen ihre Einwendung verfasst. Außerdem gekommen waren VertreterInnen von insgesamt 105 „Trägern öffentlicher Belange“, wie z.B. Umweltverbände und andere öffentliche Einrichtungen.

Deren Sachverständige legten dar, die Braunkohle in dem bereits genehmigten Tagebaugbiet würde reichen, selbst unter der – unrealistischen – Annahme, es werde jährlich immer die gleich große Kohlemenge verfeuert, und zwar noch 50 Jahre lang, so Daniela Setton von der Klima-Allianz und Greenpeace. Es sei nicht nötig, zusätzliche Gebiete und Dörfer zu beanspruchen, sprich vernichten zu wollen. Die Genehmigungsbehörde müsse dies noch mal unabhängig bestätigen lassen, neu auslegen und entsprechend einen neuen Termin anberaumen.

In seiner für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erstellten Untersuchung legte der Berliner Professor Christian von Hirschhausen dar, selbst die im Tagebau Nochten I und dem angrenzenden Tagebau Reichwalde bereits genehmigten Mengen an Braunkohle würden nicht ausgeschöpft und könnten zu einem nennenswerten Teil im Boden bleiben. Denn realistisch betrachtet würde durch den steigenden

Anteil der Erneuerbaren Energien der Bedarf an Versorgung durch fossile Energieträger deutlich zurückgehen. Und speziell Braunkohle wäre wegen der geringen Flexibilität der entsprechenden Kraftwerke gegenüber Gas im Nachteil.

Örtliche offizielle Kommunalvertreter wollten die aus ihrer Sicht unvermeidlichen und bereits in zahlreichen Versammlungen geplanten Umsiedlungen zügig hinter sich bringen. Sie sprachen sich dagegen aus, Unterlagen neu auszulegen und dadurch das Verfahren zu verzögern.

Doch von anderen BewohnerInnen der von Vernichtung bedrohten Dörfer bekamen sie Widerspruch, u.a. weil in einem wichtigen Fragebogen, in dem die Zustimmung zu einem zügigen Umzug erfragt worden war, die entscheidende Frage nach der grundsätzlichen Zustimmung zum neuen Tagebau nicht gestellt worden war.

Zudem gingen von den bestehenden und ehemaligen Tagebauen erhebliche Umweltschäden aus, wie z.B. die umfangreiche Verockerung der angrenzenden Spree und die Belastung mit gesundheitsgefährdendem Sulfat. Setzungen und Rutschungen führten dazu, dass vor vielen der sog.en Tagebaufolgelandschaften „Betreten-Verboten“-Schilder stünden. Etliche Tagebaurestseen stellten wegen des starken Säuregrades ihres Wassers mit einem pH-Wert von um die 3 ein großes Umweltproblem dar. Neue Tagebaue würde die Probleme verschärfen.

Besonders wichtig war den TagebaugegnerInnen aber auch, dass mit der drohenden Vernichtung der Dörfer und Ortsteile eine wichtige Region des sorbischen Siedlungsgebiets verloren gehen würden. Gerade in den kleinen Dörfern sei die Kultur des sorbischen Volkes noch sehr lebendig. Die Schutzrechte, die für das sorbische Volk gelten, dürften nicht missachtet werden.

Zudem müsse endlich auch berücksichtigt bzw. untersucht werden, welche psychosozialen Folgen eine drohende „Umsiedlung“ für die DorfbewohnerInnen bedeuteten, bzw. welche Folgen auch noch danach an dem neuen Ort zu verzeichnen seien. Die Genehmigungsbehörde gab zu, dass sie zu diesem Aspekt noch keine Untersuchung eingeholt habe. Ob wir uns im Jahr 2013 noch mal wieder sehen? Im Laufe des Erörterungstermins wurden die Chancen dafür größer.

Und hier der ausführlichere Bericht:

Wer hinein wollte ins Sorbische Kulturzentrum zum Erörterungstermin über Vattenfalls Tagebaupläne, wurde empfangen von einem ganzen Schilderwald von Ortsschildern.

Darauf die Namen wohl aller Dörfer, die in der Lausitz ausgelöscht wurden. Seit den 1920er Jahren sind es 136 Dörfer und Ortsteile. Noch nicht durch einen Schrägbalken durchgestrichen waren die Namen auf den Ortschaften von Mühlrose/Miloraz, Mulkwitz/Mulkecy, Klein-Trebendorf/Trjebinka, Rohne/Rowno und von Schleife-Süd/Slepo-Poludnjo. Ob das so bleibt?

Die Bemerkungen unserer FreundInnen aus der Lausitz klangen wenig optimistisch – vor dem Erörterungstermin. Zwar gab es bisher einige Erfolge,

die aber ganz überwiegend in der Wendezeit. Und diese Phase dauerte nur wenige Jahre. Trotz des teilweise sehr beharrlichen und auch spektakulären Widerstands hat die Braunkohleindustrie in der Zeit danach im Wesentlichen bekommen, was sie wollte. Hinzu kommt, im brandenburgischen Teil der Lausitz, um Cottbus herum scheinen die Aktivitäten der TagebaueegnerInnen stärker als südlich davon, in der Umgebung des rund eine halbe Bahnstunde von Cottbus entfernten Orts Schleife/Slepo am Nordrand des bereits in Sachsen liegenden Braunkohletagebaus Nochten/Wochozy.

Er erstreckt sich bereits jetzt im bisher genehmigten Teil ausgehend vom Dorf Nochten/Wochozy und dem Kohlekraftwerk Boxberg am südlichen Abgrund auf insgesamt gut 15 km Länge und zum Teil bis zu ca. 10 km Breite in Richtung Nord-Westen. Knapp die Hälfte dieser Landschaft hat Vattenfall mit seinem Gigabagger bereits jetzt zerschreddert, „ausgekohlt“, und in ein riesiges etwa 100 m tiefes grau-schwarzes Loch nebst Abraumhalde verwandelt.

Vernichtet wird und wurde bereits jetzt auch ein gut 3.000 ha großes Waldgebiet mit dem etwas irreführenden Namen „Tiergarten“. Aber es ist/war ein Jagdrevier und ein für diese Zwecke einst gut geschützter und daher besonders artenreicher *Wald* mit ausgedehnten, offiziell als solchen ausgewiesenen Naturschutzgebieten. Das Bekannteste darin ist/war der „Urwald Weißwasser“. Mit seinen knapp 100 ha ist/war es zwar kein Urwald im engeren Sinne, aber angesichts seines imposanten Baumbestandes mit bis zu 400 Jahre alten Baumriesen musste er einfach so heißen. Trotz seiner Fülle von seltenen Tier- und Pflanzenarten wurde ihm der Status als Naturschutzgebiet im Jahr 2008 wieder entzogen, für die Kohle. Im „Urwald Weißwasser“ hat Vattenfall bereits kürzlich große alte Bäume gefällt.

Mit den neuen Plänen nun beansprucht Vattenfall zusätzlich 1.213 ha Landschaft samt der darin liegenden genannten Orte vernichten zu können und die Kohle darunter zu verbrennen.

„Die Sächsische Staatsregierung steht zur Braunkohle“. Das stellte denn auch der Referatsleiter für Bergbau und Umweltfragen im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dr. Peter Jantsch, bei einem Kurzbesuch zu Beginn der 3-tägigen Veranstaltung gegenüber den gut 150 Anwesenden im Saal klar. Sie gehörten überwiegend zu den rund elfhundert privaten EinwenderInnen sowie gut 100 „Trägern öffentlicher Belange“, die förmlich Einspruch erhoben hatten gegen Vattenfalls Pläne. Allein knapp 1.000 der Einwendungen waren durch die Initiative und Argumentationshilfe der Grünen Liga/Umweltgruppe Cottbus bei der zuständigen Behörde eingegangen. Mithilfe eines „heimischen Rohstoff“ gelte es „Wertschöpfung“ zu erzielen, durften sich die anhören, denen es u.a. um den Erhalt ihrer *Heimat* geht.

Für den Erörterungstermin war für die Seite der EinwenderInnen fachkundige Unterstützung gekommen.

Daniela Setton von der Klima-Allianz und Greenpeace fragte, ob denn die Erschließung eines neuen Tagebaus überhaupt notwendig sei, um für das angrenzende Kohlekraftwerk Boxberg „ausreichend“ Braunkohle zu liefern, bzw. sie erläuterte, dass zusätzliche Kohle nicht gebraucht werde. Sie prüfte den „Bedarf“ für den Fall, dass Boxberg noch 40 Jahre lang genau so viel Kohle verfeuern wolle wie im Jahr 2011, bzw. noch 50 Jahre. Die steigende Bedeutung der Erneuerbaren Energien ließ sie bei dieser „Bedarfsmengenprüfung“ also außer Acht.

Trotzdem kam sie zu dem Schluss: der Braunkohlevorrat von insgesamt ca. 680 Mio. t in den bereits genehmigten Tagebaufeldern reiche aus. Denn bei einer Betriebsdauer bis 2052 werden bei gleichbleibend großer Auslastung lediglich insgesamt 467 Mio. Tonnen Kohle „benötigt“. Sollte Boxberg sogar noch 50 Jahre laufen, bestehe ein Kohlebedarf von insgesamt 687 Mio. Tonnen, immer unter der – unrealistischen – Voraussetzung, der Bedarf sei gleichbleibend groß.

Zusätzliche gut 300 t seien also nicht notwendig, und die „Umsiedlung“ von 1.500 Menschen ließe sich nicht rechtfertigen.

Ein unabhängiges Gutachten solle den Kohlebedarf noch einmal prüfen, und dieses Braunkohleplanverfahren müsse eingestellt werden, so das Fazit von Greenpeace und Klima-Allianz.

Nach dieser Präsentation stellt sich für Außenstehende die Frage: So schwer sind die „Bedarfs“-zahlen offenbar nicht zu bekommen. Wieso hat nicht die Genehmigungsbehörde sie zusammen getragen und dem Energiekonzern Vattenfall mitgeteilt, der bereits genehmigte Vorrat reicht? Dann hätten sich die Initiativen, BürgerInnen etc. ihren ganzen Aufwand sparen können.

Der Berliner Professor Christian von Hirschhausen trug eine Untersuchung vor, die er im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erstellt hatte. Er ging darin von einer realistischeren Basis aus und stellte fest: „Die Energiewende führt dazu, dass sich die traditionelle Einordnung der Braunkohle als ‘Grundlast’ schrittweise auflöst.“

Christian von Hirschhausen traf seine Aussagen auf Grundlage der Leitstudie des BMU (Bundesministeriums für Umwelt) „Langfristszenarien und Strategien für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland bei Berücksichtigung der Entwicklung in Europa und global“, die einen Rückgang der Volllaststunden der braunkohlebefeuerter Energieerzeugung auf 6.000 h im Jahr 2020 und auf 4.000 h im Jahr 2030 ermittelt.

Im Jahr 2032 werde durch die zunehmende Einspeisung der Erneuerbaren Energien lediglich eine sog.e „Residuallast“ verbleiben. Um diesen noch verbliebenen Strombedarf werden die dann noch vorhandenen fossilen Energieträger im Wettbewerb stehen. Und in diesem Wettbewerb dürfte aufgrund seiner deutlich höheren Flexibilität Gas im Vorteil liegen, so Professor von Hirschhausen.

Hinzu komme ein Standortnachteil für Braunkohle aus der Lausitz.

Sie liege ähnlich wie die anderen Braunkohlestandorte in Deutschland von den Zentren des Strombedarfs im Süden der Republik relativ weit entfernt. Und die Stromübertragung dorthin sei kostengünstig.

Professor von Hirschhausens Fazit: In den bereits genehmigten Tagebauen Nochten I und Reichwalde, auf der anderen, südöstlichen Seite von Boxberg gelegen, können ca. 50 Mio. Tonnen bzw. 200 Mio. Tonnen in der Erde bleiben.

Jürgen Quentin von der Deutschen Umwelthilfe führte den Anwesenden vor Augen: Der Grundlastbedarf werde durch die Erneuerbaren Energien drastisch verringert. Daher werde der Dauerbetrieb von konventionellen Kraftwerken abnehmen, vom Vollastbetrieb ganz zu schweigen. Häufiges An- und Abschalten bzw. Hoch- und Runterregeln der großen Kohlemeiler sei notwendig, aber dafür seien sie technisch zu unflexibel.

Da zeigten sich VertreterInnen von betroffenen Gemeinden schon flexibler. „Im Interesse des Gemeinwohls“ hätten sie sich „für vorzeitige Umsiedlung“ entschieden.

Man „lebe schon seit 150 Jahren mit der Braunkohle“ und lasse sich „nicht von Wunschdenken und bunten Statistiken leiten, sondern von Tatsachen“, so Stichworte derer, die bereit sind, ihre alte Umgebung gegen eine neue einzutauschen.

Man wolle die „Ungewissheit beenden“, plädiere für eine „vorzeitige Vorbereitung“ der Umsiedlung, und eine Verzögerung des Verfahrens, etwa durch Neuauslegung der Unterlagen – die die TagebaugegnerInnen für unvollständig halten – wolle man nicht. Ähnlich äußerte sich der örtliche Vertreter vom Dachverband sorbischer Vereine, der Domowina. Mit Vattenfall verhandele man nicht öffentlich über die Umsiedlung und erziele auf diese Weise Kompromisse, bei denen jeder das Gesicht wahren könne. Nur beiläufig

bemerkte er, das sorbische Leben werde geschwächt, die Umsiedlung sei keine freiwillige Entscheidung.

Als „Spezialist für Sozialverträglichkeit von Umsiedlungen“ und „freier Stadtplaner für die Gemeinde Schleife“ stellte sich der Architekt Thomas Jansen vor und berichtete in umfangreicher und kurz getakteter Bilderfolge von einer „Riesenlatte von Terminen“ in Dorfgemeinschaftshäusern der betroffenen Orte. Dort ginge es immer darum, rückzukoppeln. Man könne viel planen, aber die Leute müssten wollen. Die Schritte seien „so getaktet“, dass es „zügig“ gehe, „ohne die Beteiligten zu überfordern“.

Die meldeten sich denn doch nach und nach und immer deutlicher zu Wort und äußerten Widerspruch. Die Stellungnahmen der Umweltverbände bzw. ihrer Sachverständigen hätten Hoffnung geweckt, so ein Bewohner aus Rohne/Rowno. Dabei befänden sich die BewohnerInnen der kleinen Orte wie Rohne/Rowno und Mühlrose/Miloraz schon seit vielen Jahren in einer zermürbenden und schizophrenen Situation.

Es seien besonders die kleinen Orte, in denen sorbische Kultur lebendig sei. Und genau die würden zerstört.

Wie reich das kulturelle Erbe ist oder war, das von Vattenfall vernichtet wird, machte ein Einwender deutlich, der bei der *Entweihung* der Kirche von Horno/Rogow (nordöstlich von Cottbus) dabei war. (Das Dorf war - muss man heute sagen - 650 Jahre alt, der Bau der ältesten Teile der Kirche liegt ähnlich weit zurück. Bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und zum schwedischen Reichstag führte die Menschen von Horno/Rogow ihr Widerstand. Vergeblich. Von Vattenfall gesprengt wurde die Kirche Ende November 2004.)

Eine andere Einwenderin sprach von denen, die nicht gekommen seien, aus Resignation, angesichts der langen Kette von Niederlagen nicht verwunderlich, aber auch, weil tagsüber getagt werde. Einzelne Orte in den Gemeinden und die

Menschen dort würden regelrecht zu Kummerkästen für die, die sich offiziell nicht vertreten fühlten. Dort seien die Klagen der Tagebaubetroffenen zu hören: Ihre Eigentumsrechte würden nicht geachtet. Der Begriff „Tagebauerwartung“ wirke sich auf das betreffende Gebiet als Wirtschaftshemmnis aus. Es herrsche Stagnation, werde ein Gebiet einmal mit dem Begriff „Vorranggebiet“ belegt. („Vorranggebiet für Braunkohlegewinnung“ ist ein amtlicher Begriff. Er wird genannt und das Gebiet räumlich festgesetzt im verbindlichen Braunkohlenplan des Regionalen Planungsverbandes (landkreisübergreifende Verwaltungseinheit in Sachsen) Oberlausitz-Niederschlesien, und gemeint ist damit der Landstrich, der nach dem bereits festgelegten, also zur Auskohlung genehmigten Abbauggebiet, als Nächstes dran ist, wenn der Konzern es will.) Vorranggebiet ist „Nochten II“ seit 1994. Offiziell beantragt hat Vattenfall dessen Auskohlung am 11. 12. 2004.

Mit Fragen nach den Fragen in einem Fragebogen zum Thema Umsiedlung ruft ein Einwender Widerspruch der Gemeinde-Offiziellen hervor. Diese betonen, anhand der Umfrageergebnisse sei klar, die BewohnerInnen hätten sich „für die ´vorzeitige Umsiedlung´ entschieden“. (Auf Versammlungen mit Vattenfall, offiziellen KommunalvertreterInnen und Tagebaubetroffenen geht es wegen Nochten II bereits seit einigen Jahren um die Auswahl von Standorten für Ersatzdörfer, Plänen für die neuen Orte, sowie einzelne Grundstücke darin.) Doch der Einwender bleibt bei seiner Kritik, denn für alle Fragen im Fragebogen hätte die Voraussetzung gegolten, Vattenfall werde sich mit seinem Antrag durchsetzen. Die Frage, ob die Menschen denn überhaupt wegziehen wollten aus ihren Dörfern, unabhängig von Vattenfalls Antrag, bzw. wenn er abgelehnt würde, fand sich nicht in dem Fragebogen, und das obwohl ausdrücklich vorgeschlagen, aber eben abgelehnt, wie auch andere Anwesende bestätigten. Lediglich in für Bemerkungen freien Zeilen im Anschluss an den Fragenkatalog hätten die Menschen aus den betroffenen Dörfern ihr grundsätzliches Nein evtl.

äußern können; es gäbe also lediglich qualitative Angaben. Zudem fehlte der Fragebogen in den Antragsunterlagen, wie die Anwältin Roda Verheyen bemängelte, die Greenpeace in diesem Genehmigungsverfahren vertritt und eine „Quantifizierung des Neins“ beantragte.

Dem bereits bestehenden Tagebau Nochten nach zu urteilen, sowie den sogenannten „rekultivierten“ Flächen, befürchten EinwenderInnen, dass auch von dem neuen Tagebau schwere Schäden an Grund- und Oberflächenwasser ausgehen.

Bereits jetzt ist die Spree betroffen. Sie verläuft parallel zum südwestlichen Rand des Tagebaus, bzw. unterhalb des äußersten Streifens, der bereits „rekultivierten“, das heißt mit Abraum verfüllter Flächen. Sickerwasser, das von dort in die Spree gelangt, verfärbt den Fluss gelbbraun, und der Sulfatgehalt im Wasser steigt. Ursache ist das in den Erdschichten lagernde Pyrit, eine Verbindung aus Eisen und Schwefel. Schon bei der Absenkung des Grundwasserspiegels auf z.T. unter 100 m kommt sie mit Luft in Verbindung und noch mehr, wenn der Kohlebagger oder die Förderbrücke die Erdschichten als Schüttgut auf die Abraumhalden fallen lässt. Nach dem Wiederanstieg des Grundwassers wird das mittlerweile entstandene Eisenhydroxid ausgeschwemmt, gelangt in die Spree und legt sich dort als ockerfarbene Schicht auf alles was lebt(e). Spreeabwärts bis nach Spremberg und in die Talsperre Spremberg prägt das Eisenocker bereits das Bild. Das ausgeschwemmte Sulfat bleibt im Wasser gelöst. Sogar in Berlin beobachten die für das Trinkwasser Verantwortlichen die Entwicklung mit Sorge. Denn es wird zum Teil über Spree-nahe Brunnen als Uferfiltrat gewonnen; und ein zu hoher Sulfatgehalt darin ist gesundheitsschädlich.

Eine Erweiterung des Tagebaus Nochten würde die bereits vorhandenen Probleme verschärfen, so die Grüne Liga und andere EinwenderInnen bei Erörterungstermin in Schleife/Slepo.

Dort, wo jetzt noch alte Bäume stehen und Vattenfalls Bagger die Landschaft wahrscheinlich in ein riesiges schwarzes Loch verwandeln werden, soll später ein „Tagebaurestsee“ entstehen. Doch die Aussicht auf den Tausch ´Wald gegen Restsee´ vermochte die Stimmung der EinwenderInnen auch nicht aufzuhellen. Denn Tagebauwasser ist nicht nur sulfathaltig und gelbbraun, es ist oft auch noch sauer wie Essig, pH-Wert um die 3,0. Und der zu Uferböschungen aufgeschüttete Abraum? Unsicherer Boden, Rutschungsgefahr befürchten die EinwenderInnen, wie bei einem Großteil der bereits bestehenden Tagebaufolgelandschaften. Derzeit gilt in der Lausitz für mehr als 35.000 ha davon ein Betretungsverbot. Und es gebe immer wieder neue Berichte von überraschenden „Setzungen“. Ein zusätzliches Risiko durch weitere Tagebaue lehnten die EinwenderInnen ab, sowohl für sich, als auch für zukünftige Generationen.

Die Lärmbelästigung durch die Tagebaumaschinerie für die am lt. Plan zukünftigen Grubenrand lebenden Menschen wurde noch erörtert, ebenso die großen Mengen Staub, die beim Auskohlen zu erwarten sind und manche schadstoffbedingte Beeinträchtigungen und Umweltschäden mehr.

Aber was die drohende „Umsiedlung“ mit den Menschen macht, das müsse auch Thema sein.

„Die Konflikte gehen nicht nur durchs Dorf, die gehen auch durch die Familie, und die gehen auch durch einen selber,“ bekannte ein Einwender. Diese Konflikte würden nicht erhoben und spielten keine Rolle, sie sollten aber untersucht werden. In einer Mischung aus Verzweiflung und Selbstbewusstsein trug ein Einwender seine Forderung vor.

Tränen flossen beim Versuch, diesen als Kritik empfundenen Beitrag am gemeindeoffiziellen ´Wir-müssen-einfach-in-die-Zukunft-schauen´ zurückzuweisen.

Vom Podium kamen ungewohnt nachdenkliche Töne. Bisher seien hauptsächlich Umweltaspekte Thema gewesen und im Verfahren auch so

vorgesehen. Aber das „‘Schutzgut Mensch‘, das wäre son neuer Aspekt, die psychosozialen Aspekte der Umsiedlung“. Es schien so, als wolle der „Planungsverband“ sich mit diesem Problem nun doch noch mal beschäftigen. Einen Antrag auf eine entsprechende Untersuchung hat die Anwältin Roda Verheyen jedenfalls gestellt.

„Was passiert mit denen, die nicht weg wollen?“ „Was passiert, wenn man nicht will?“, wollten am Schluss einige EinwanderInnen wissen. Die Antwort vom Podium: Das weiß ich nicht.

Das klang anders als die markigen Bekenntnisse zu Beginn des Erörterungstermins.

.....

Zur Ergänzung noch einige Links, die uns wichtig erscheinen:

zu einem
Foto vom Tagebau Nochten
http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Tagebau_Nochten.JPG&filetimestamp=20110713162341

zu einer Web-Site
von der Künstlerin Julia Jaro Oberer
mit beeindruckenden Fotos und Videos
aus dem "Urwald Weißwasser" und
seiner Vernichtung durch Vattenfall
<http://tagebauwald.natur-talente.de/>

Zur Web-Site
Von unsern FreundInnen in der Grünen Liga
http://www.lausitzer-braunkohle.de/feld_nochten.php

zu Web-Sites
Von Vattenfall-kritischen AnwohnerInnen in der Region um Nochten
<http://umsiedler-schleife.de/>
<http://www.rohne.info/>